

NACHRICHTEN

USA: Siedlungsbau kann zu »historischer Tragödie« führen

Tel Aviv. Der US-Sondergesandte für den Nahost-Friedensprozess, Martin Indyk, hat Israel vor möglicherweise katastrophalen Folgen des Siedlungsbaus gewarnt. »Ungezügelter Siedlungsaktivitäten – besonders während laufender Verhandlungen – untergraben nicht nur das Vertrauen der Palästinenser in den Sinn der Gespräche; sie können auch Israels Zukunft als jüdischer Staat gefährden«, zitierte die Zeitung »Haaretz« am Freitag aus einer Rede Indyks in Washington. »Wenn das so weitergeht, könnte das Konzept von Israel als einem jüdischen Staat tödlich getroffen werden, und das wäre eine Tragödie historischen Ausmaßes«, habe Indyk hinzugefügt. *dpa/nd*

Erstmals Justizexperten in Zentralafrika

Bangui. Erstmals seit Beginn der Gewalt in Zentralafrika sind Experten des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in dem Land eingetroffen, um die vor allem von muslimischen und christlichen Milizen begangenen Verbrechen zu untersuchen. »Schwerwiegende Verbrechen wurden seit 2012 in Zentralafrika begangen«, sagte IStGH-Vertreter Amadi Bah in der Hauptstadt Bangui. Es gebe viele Berichte über »beispiellose Gräueltaten«. In der Zentralafrikanischen Republik hatte das mehrheitlich muslimische Rebellenbündnis Séléka 2012 einen Aufstand begonnen und im März 2013 Staatschef François Bozizé gestürzt. Der Putsch riss das Land in eine Spirale der Gewalt. *AFP/nd*

Oklahoma: Ein halbes Jahr ohne Hinrichtungen

Washington. Nach einer schweren Panne bei der Hinrichtung eines Todeskandidaten im US-Bundesstaat Oklahoma, die zu großen Qualen des Mannes führte, hat die Justiz die Aussetzung aller Exekutionen für ein halbes Jahr angeordnet. Das höchste Berufungsgericht von Oklahoma gab damit einem zum Tode Verurteilten Recht. Charles Warner hätte eigentlich am 29. April zwei Stunden nach Clayton Lockett hingerichtet werden sollen. Warner soll nun am 13. November sterben, wie das Gericht erklärte. *AFP/nd*

ANZEIGEN

Karin Heuer

geb. Bürger

27.09.1934 – 14.04.2014

In Trauer

Wolf Gruner und Sandra Gruner-Domic Naomi und Akin, Frederike und Fabian Ute Kobrow, Jeannette Münch und Familie Jan und Elfi Bürger und Familie

Die Urnenbeisetzung findet am Donnerstag, dem 12. Juni 2014, um 13.00 Uhr auf dem Friedhof der Ev. Stadtkirchengemeinde Köpenick, 12557 Berlin, Rudower Straße 23 statt.

„So ist das Leben und so muss man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd - trotz alledem.“ Rosa Luxemburg

Wir trauern um unsere Mutter, meine Lebensgefährtin, meine Schwester, unsere Oma, Uroma, Tante, Schwägerin und Schwiegermutter

Dr. sc. Eleonora Pfeifer

geb.: 5. Sept. 1930 in Rio de Janeiro – gest.: 24. April 2014 in Magdeburg

Elisabeth Koeppel-Gläser - Konstanze Kriese - Roland Wipper - Elisabeth Ehrentreich
Robert, Ben und Moritz Gläser, Leonard und Konstantin Kriese, Norbert Koeppel, Horst Liebscher Annamaria und Saskia Romanski, Mio und Dominika Diaz Alonso, Jasmin Jarrah Andreas Heinrich, Barbara Weißleder, Renate und Inge Möller, Brigitte und Rolf Albrecht

Die Trauerfeier findet am 15. Mai 2014 um 14 Uhr auf dem Westfriedhof in Magdeburg statt.

Zumas zweite Chance

Die südafrikanische Regierungspartei ANC gewinnt souverän

Südafrika hat gewählt. Der seit 1994 regierende Afrikanische Nationalkongress (ANC) hat die Wahlen, wie erwartet, klar gewonnen.

Von Armin Osmanovic, Johannesburg

Wem er seine Stimme gegeben hat, wollte Südafrikas Präsident Jacob Zuma nicht sagen (»Das ist ein Geheimnis«) und lachte danach selbst am lautesten über seinen Witz. Stattdessen prophezeite er bei seiner Stimmabgabe, dass »die Ergebnisse sehr gut werden würden«. Gut für wen? Selbstverständlich den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) und damit für ihn, denn nun steht einer weiteren Amtszeit als Präsident für den durchaus umstrittenen Spitzenkandidaten nichts mehr im Weg.

Nach dem letzten Stand der Auszählung haben 62,5 Prozent der Wähler dem ANC ihre Stimme gegeben. Die Wahlbeteiligung lag bei 73,1 Prozent. Gegenüber dem vorangegangenen Votum 2004 hat der ANC leicht verloren und liegt etwa auf dem Niveau von 1994, als Nelson Mandela für den ANC den ersten Wahlsieg errang.

Mit Ausnahme der Provinz Westkap, wo die größte Oppositionspartei Demokratische Allianz (DA) seit 2009 regiert, konnte der ANC alle Provinzen mit 70 bis 80 Prozent der abgegebenen Stimmen klar gewinnen. Auch in der bevölkerungsreichsten Provinz Gauteng mit der Wirtschaftsmetropole Johannesburg liegt der ANC mit etwa 53 Prozent der Stimmen vorn. In Johannesburg selbst kommt der ANC jedoch nur noch auf 46 Prozent. 2016 wird in den Städten und Gemeinden Südafrikas gewählt, dann könnte es in Südafrikas größter Stadt für Zumas Partei eng werden.

Südafrikas Oppositionspartei DA gewann 22 Prozent der Stimmen und konnte damit fünf Prozentpunkte

hinzugewinnen. Auch konnte die Allianz die Provinz Westkap verteidigen. Dennoch verfehlte Oppositionsführerin Hellen Zille ihr Ziel von 30 Prozent klar. Die für das Jahr 2019 geplante Ablösung des ANC als stärkste politische Kraft durch die DA ist damit wohl in weite Ferne gerückt.

Als zweitstärkste Oppositionskraft konnten sich die Economic Freedom Fighters (EFF) mit Julius Malema, dem früheren Präsidenten der ANC-Jugendliga, an der Spitze, etablieren. Aus dem Stand errang Malema etwa sechs Prozent der Stimmen. Damit erreichen die »Wirtschaftsfreiheitskämpfer« etwa den Stimmenanteil, den 2004 die damalige ANC-Abspaltung COPE (Kongress für das Volk) erhalten hatte, die jetzt auf weniger als ein Prozent abgestürzt ist.

In zwei Provinzen konnten sich die wirtschaftlichen Freiheitskämpfer von der EFF als zweitstärkste Kraft etablieren. In der vom dreimonatigen Streik der Platinbergarbeiter erschütterten Provinz Nord-West, wo 2012 in Marikana 34 Bergarbeiter bei Auseinandersetzungen in einer Platinmine mit der Polizei erschossen wurden, machten fast 13 Prozent der Wähler ihr Kreuz bei den EFF. Die Malema-Partei konnte dort ganz offenbar viele enttäuschte Bergarbeiter mit ihren Forderungen

gen nach Nationalisierung der Bergbaukonzerne und Enteignung der weißen Farmer für sich gewinnen.

Die EFF haben mit diesem Wahlergebnis die Chance, sich als »linke« Alternative zum ANC zu präsentieren, sollte ihr Führer Malema, gegen den diverse Verfahren unter anderem wegen Steuerhinterziehung

Fotos: AFP/Bruce, Reid

laufen, nicht aus der Politik ausscheiden müssen.

Mit dem Erfolg der EFF wird es die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA schwer haben, ihre Pläne zur Bildung einer neuen Arbeiterpartei in die Tat umzusetzen. Die Workers and Socialist Party (WASP), die auch vom Bundestagsabgeordneten Niema Movasat (Die LINKE) unterstützt wurde, hat diese Erfahrung schon gemacht. Malemas Anziehungskraft lässt kaum Platz für eine andere linke Kraft jenseits des ANC. Die WASP erhielt gerade einmal 0,05 Prozent der Stimmen.

Mit dem Sieg des ANC im Rücken kann Zuma weitere fünf Jahre als Präsident wirken. Er hat mit dem guten Ergebnis für seinen ANC eine zweite Chance erhalten. Seine erste Amtszeit war überschattet von den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die in Südafrika zum Abbau von mehr als einer Million Arbeitsplätzen führte. Nun liegt es an ihm, ob er seine Korruptionsaffären hinter sich lassen und zwanzig Jahre nach Ende der Apartheid den dringend notwendigen neuen Aufbruch Südafrikas organisieren kann. Die ANC-Spitze selbst wird turnusmäßig 2017 wieder gewählt. Bis dahin muss Zuma liefern.

Kommentar Seite 2

Absage an die »Bürgerrevolution«

Die ecuadorianische Regierung und Präsident Rafael Correa wollen keine Debatte über Erdölförderung im Yasuní

Der Nationale Wahlrat in Ecuador hat eine Volksabstimmung über die Erdölförderung im Yasuní-Nationalpark abgewiesen. Das Umweltbündnis »YASunidos« will die Entscheidung anfechten.

Von Katharina Schwirkus, Quito

Beim zivilgesellschaftlichen Bündnis YASunidos in Ecuador denkt niemand daran, die Flinte ins Korn zu werfen. Auf einer Pressekonferenz zu den ersten Veröffentlichungen der Ergebnisse des Nationalen Wahlrates zeigte sich das Bündnis sowohl verärgert als auch gelassen. Patricio Chávez, ein Sprecher der YASunidos, ließ verlauten: »Es überrascht uns nicht, dass der Nationale Wahlrat bekannt gegeben hat, dass bis zu 60 Prozent der Unterschriften ungültig seien. Wir fordern jetzt, das nicht fünf oder sechs Beispiele, sondern alle eingereichten Formulare veröffentlicht werden.« Nur so könne jeder Bürger überprüfen, ob die eigene Unterschrift für ungültig erklärt worden sei.

Zwei Wochen lang hatten Delegierte der YASunidos als Beobachter am Verifizierungsprozess der Unterschriften teilgenommen. Am 1. Mai verließen sie den Prüfungsprozess aus Protest und warfen dem Nationalen Wahlrat (CNE) Betrug vor. »Über 30 Prozent der Unter-

schriften wurden aufgrund von Formfehlern zurückgewiesen, das ist völlig inakzeptabel«, sagte Jorge Espinosa, ebenfalls YASunidos. Ein Formfehler konnte beispielsweise durch die falsche Reihenfolge der Eintragung der Nachnamen der Eltern entstehen. So wurden alle Unterschriften annulliert, welche erst den Nachnamen des Vaters und dann den der Mutter angegeben hatten, weil es laut CNE die umgekehrte Reihenfolge hatte sein müssen.

Für den Präsidenten Ecuadors ist es einfacher, ein Referendum einzuberufen, ihm steht dieses Recht laut der Verfassung jederzeit zu. Doch Rafael Correa hatte sich in den vergangenen Monaten stets gegen den Volksentscheid ausgesprochen. Noch Ende April ließ er erklären: »Ich werde nicht in die Falle der Gruppen tapen, die heute ein Referendum über den Yasuní fordern. Morgen könnten sie dann eines über das Wassergesetz oder was immer verlangen.«

Das zivilgesellschaftliche Bündnis YASunidos kämpft seit September 2013 gegen die staatliche Aufkündigung der Yasuní-ITT-Initiative. Diese sah vor, die rund 850 Millionen Barrel Erdöl der ITT-Quellen im UNESCO-Naturschutzreservat Yasuní zum Schutz der Natur und seiner indigenen Völker unangetastet zu lassen. Als Ausgleich sollte die internationale Staatengemeinschaft

Kompensationszahlungen leisten. Bis August 2013 kam jedoch nur ein Bruchteil der Gelder zusammen. Correa sagte, »die Welt« habe Ecuador »im Stich gelassen«. Im »nationalen Interesse« müsse daher nun mit der Ölförderung im Yasuní-ITT begonnen werden.

Konkret kämpfen die YASunidos für ein Referendum mit der Frage: »Sind Sie damit einverstanden, dass die Regierung das Rohöl im ITT, bekannt als Block 43, auf unbestimmte Zeit im Boden belässt?« Das Bündnis strebt nun ein alternatives Prüfungsverfahren mit unabhängigen Experten und internationalen Beobachtern an.

Sprecher Pedro Bermeo gab bekannt: »Wir werden das Ergebnis des Nationalen Wahlrates anfechten. Zunächst werden wir beim nationalen Wahlschiedsgericht und, wenn nötig, danach auch noch bei der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte klagen.«

Das YASunidos-Bündnis stellt die »Bürgerrevolution« Rafael Correas auf eine harte Probe. Bei Protesten vor dem Hauptgebäude des Nationalen Wahlrates skandierte man am Mittwoch: »Diese Regierung von Alianza País; Karikatur der Revolution«. Und Elena Gálvez, YASunidos, versichert: »Wir werden jetzt nicht aufgeben. Wir werden weiter mobilisieren und rufen alle Bürger dazu

auf, ihre Unterschrift zu verteidigen und auf dem demokratischen Partizipationsrecht zu bestehen.«

Der Nationale Wahlrat Ecuadors CNE hatte am 6. Mai das Scheitern des Bürgerbegehrens gegen die Erdölförderung im Yasuní-ITT (Kürzel der drei dort entdeckten Ölquellen Ishpingo, Tiputini, Tambococha) bekannt gegeben. Nur 359 761 der der knapp 758 000 eingereichten Unterschriften zur Unterstützung des Referendums seien gültig. Die Verfassung verlangt für ein volksinitiiertes Referendum jedoch knapp 584 000 Unterstützer-Unterschriften, was fünf Prozent der Wahlberechtigten entspricht. Vorangegangen war dieser Meldung ein dreiwöchiger Prüfungsprozess der Unterschriften.